

## Niederschrift

über die 14. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal (Tel. 950-104) des Rathauses Wadersloh am 05.12.2006

Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Bösl, Ulrich

RM Driftmeier, Josef

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Marx, Bernd

ab 17:00 Uhr, P. 14

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Schmidt, Erich

b) von der Verwaltung:

BG Gödde, Heinz-Hermann

Herr Blex, Franz

Herr Schomacher, Antonius

Herr Ahlke, Elmar

Herr Morfeld, Norbert

Herr Funke, Heinz-Josef

Herr Lühr, Frank

Herr Suermann, Josef

Herr Westarp, Jörg

Frau Haske, Ute

Herr Krümtünger, Boris

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Antrag der Kath. Frauengemeinschaft Diestedde auf Bezuschussung zum 100-jährigen Bestehen SKA 07/06, P. 8
5. Antrag des Vereins zur Förderung der Kirchenmusik an St. Margareta Wadersloh e.V. auf Bezuschussung SKA 07/06, P. 9
6. Benennung der Erschließungsstraße im neuen Gewerbegebiet an der Waldliesborner Straße SKA 07/06, P. 10
7. Antrag des TuS Wadersloh auf Anlegung eines Trainingsplatzes SKA 07/06, P. 12
8. Anträge des SV Westfalen 21 e. V. Liesborn auf Genehmigung und Förderung von Investitionsmaßnahmen SKA 07/06, P. 13
  - 8.1. Nutzung des ehemaligen Tennisgeländes in Liesborn SKA 07/06, P. 13.1
  - 8.2. Errichtung eines Zuschauerunterstandes mit Abstellräumen und Verkaufsraum SKA 07/06, P. 13.2
  - 8.3. Errichtung einer öffentlich zugängigen WC-Anlage und einer Umkleidekabine für Schiedsrichterinnen SKA 07/06, P. 13.3
9. Änderung Richtlinien Familienpass FSA 08/06, P. 5
10. Antrag des DRK Ortsvereins Wadersloh e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zum Neubau einer Fahrzeughalle
11. Personelle Veränderung im Ausschuss für Umwelt und Landschaft
12. Änderung in der Zusammensetzung von Vertretern der Gemeinde Wadersloh in Drittorganisationen
  1. Ausschussmitglied im Wasser- und Bodenverband Wadersloh
  2. Verbandversammlung des Sparkassenzweckverbandes Beckum-Wadersloh
  3. RWE und Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW
  4. Beisitzer im Kuratorium Liesborner Museumskonzerte
13. Antrag der Katholischen Pfarrgemeinde SS. Cosmas und Damian Liesborn auf finanzielle Unterstützung zur Erweiterung des Friedhofs in Liesborn
14. Änderung des Gesellschaftervertrages der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH (HA 13, P. 13.5)
15. Antrag auf finanzielle Unterstützung zur Umsetzung des Fachwerkhauses "Schüngels Kotten"
16. Umschuldung eines Darlehens

- 17. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2007 mit den Anlagen
- 17.1. Haushaltssatzung 2007
- 17.2. Stellenplan
  
- 18. Verschiedenes;  
Schulstatistik

## I. Öffentlicher Teil

### **1 Begrüßung**

---

Zur Sitzung des Hauptausschusses war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten sowie die anwesenden Bürger und die Presse. Er erläuterte, dass auf Grund der Haushaltsplanberatungen erstmals alle Budgetverantwortlichen an der Sitzung teilnehmen. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### **2 Einwohnerfragestunde**

---

Fragen wurden nicht gestellt.

### **3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung**

---

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

### **4 Antrag der Kath. Frauengemeinschaft Diestedde auf Bezuschussung zum 100-jährigen Bestehen**

---

Der HA schloss sich der Empfehlung des SKA an und fasste folgenden

#### **Beschluss:**

Die Kath. Frauengemeinschaft Diestedde (kfd) erhält anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens im Jahre 2007 einen Zuschuss in Höhe von 550,00 €.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## **5 Antrag des Vereins zur Förderung der Kirchenmusik an St. Margareta Wadersloh e.V. auf Bezuschussung**

---

Der HA schloss sich der Empfehlung des SKA an und fasste folgenden

### **Beschluss:**

Dem Verein zur Förderung der Kirchenmusik an St. Margareta Wadersloh e. V. wird ab 2007 ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 75,00 € gewährt. Entsprechende Haushaltsmittel sind bei dem Kostenträger 04.01.01 (Kulturveranstaltungen und –förderung) einzuplanen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## **6 Benennung der Erschließungsstraße im neuen Gewerbegebiet an der Waldliesborner Straße**

---

Der HA schloss sich der Empfehlung des SKA an und fasste folgenden

### **Beschlussvorschlag:**

Die Erschließungsstraße im neuen Gewerbegebiet an der Waldliesborner Straße wird „Lieseweg“ genannt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## **7 Antrag des TuS Wadersloh auf Anlegung eines Trainingsplatzes**

---

RM A. J. Fleiter sprach sich für die FDP-Fraktion für einen Kunstrasenplatz aus. Er begründete dies mit den geringeren Folgekosten auf Grund einfacherer Pflege. Zudem sei ein Kunstrasenplatz bei jedem Wetter bespielbar.

RM Hollenhorst gab zu bedenken, dass bei einem Kunstrasenplatz die Belastung für die Sportler höher sei. Außerdem könne ein Naturrasenplatz lange gepflegt werden, betrachte man die Differenz zwischen den Anschaffungskosten der verschiedenen Varianten.

RM Bösl stimmte RM A. J. Fleiter in Bezug auf die Folgekosten zu. Er stellte dem entgegen, dass der TUS einen Kunstrasenplatz finanziell nicht realisieren könne. Seitens der Verwaltung sollten Anschaffungs- und Folgekosten für einen Kunstrasenplatz ermittelt werden.

RM E. Schmidt verwies auf die ökologischen Gesichtspunkte eines Naturrasens.

BM Westhagemann nahm den Auftrag zur Ermittlung von Folgekosten auf. Die Anschaffungskosten in Höhe von 300.000,00 € wurden von Herrn Lühr bestätigt.

BM Westhagemann ließ sodann über den Vorschlag abstimmen. Es erging folgender

**Beschluss:**

Dem TuS Wadersloh wird die Genehmigung zum Bau des zusätzlichen Trainingsplatzes (Rasen) hinter dem Ascheplatz erteilt. Bei der Kürzung des Ascheplatzes ist darauf zu achten, dass die Normen nach den Richtlinien des Deutschen Fußball-Bundes eingehalten werden.

Dem TuS Wadersloh wird ein Zuschuss nach dem Grundsatzbeschluss vom 22.12.1992 in Höhe von 10 %, gleich 3.000,00 €, der nachgewiesenen Kosten gewährt. Da die Mittel im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 bereits verplant sind, ist der Betrag um 3.000,00 € aufzustocken.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

---

**8 Anträge des SV Westfalen 21 e. V. Liesborn auf Genehmigung und Förderung von Investitionsmaßnahmen**

---

**8.1 Nutzung des ehemaligen Tennisgeländes in Liesborn**

---

Der HA schloss sich der Empfehlung des SKA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Dem SV Westfalen 21 Liesborn wird die Genehmigung zu der vorgenannten Baumaßnahme erteilt. Dem Sportverein wird ein Zuschuss nach dem Grundsatzbeschluss vom 22.12.1992 in Höhe von 10 %, gleich insgesamt 500,00 €, der nachgewiesenen Kosten gewährt. Da die Mittel im Entwurf des Haushaltes 2007 bereits verplant sind, ist der Betrag um weitere 500,00 € aufzustocken.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

---

**8.2 Errichtung eines Zuschauerunterstandes mit Abstellräumen und Verkaufsraum**

---

Der HA schloss sich der Empfehlung des SKA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Dem SV Westfalen 21 Liesborn wird die Genehmigung zu der vorgenannten Baumaßnahme erteilt. Die erforderliche Baugenehmigung ist einzuholen. Dem Sportverein wird ein Zuschuss nach dem Grundsatzbeschluss vom 22.12.1992 in Höhe von 10 %, gleich insgesamt 1.500,00 €, der nachgewiesenen Kosten gewährt. Da die Mittel im Entwurf des Haushaltes 2007 bereits verplant sind, ist der Betrag um weitere 1.500,00 € aufzustocken.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

---

**8.3 Errichtung einer öffentlich zugängigen WC-Anlage und einer Umkleidekabine für Schiedsrichterinnen**

---

RM Hollenhorst erkundigte sich, ob mit „öffentlich zugänglich“ die Zeit während des Spielbetriebes gemeint sei. BM Westhagemann antwortete, dass eine Nutzung der WC-Anlage für das Publikum während des Spielbetriebes angedacht sei.

Der HA fasste sodann folgenden

**Beschluss:**

Dem SV Westfalen 21 Liesborn wird die Genehmigung zur vorgenannten Baumaßnahme erteilt. Die erforderliche Baugenehmigung ist einzuholen. Dem Sportverein wird ein Zuschuss nach dem Grundsatzbeschluss vom 22.12.1992 in Höhe von 10 %, gleich insgesamt 1.000,00 €, der nachgewiesenen Kosten gewährt. Da die Mittel im Entwurf des Haushaltes 2007 bereits verplant sind, ist der Betrag um weitere 1.000,00 € aufzustocken.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## **9            Änderung Richtlinien Familienpass**

---

Für die FDP-Fraktion stellt RM A. J. Fleiter klar, dass das vorgelegte Konzept nicht akzeptabel sei. Wenn den Familien das Geld pauschal zukäme, würde es zumindest teilweise nicht für die Kinder ausgegeben. Daher schlug er eine Kontrollmöglichkeit mit Hilfe eines Bonusheftes oder eine Zweckbindung bezüglich des Kaufs von Schulbüchern vor.

RM Hollenhorst widersprach und betonte, dass auch Mittel aus einer allgemeinen Haushaltskasse den Kindern zugute käme. Beispielsweise würde die Entscheidung erleichtert, ob ein Musikschulbesuch mit dem Geld möglich wäre.

Für die CDU-Fraktion sprach sich RM Bösl für eine Änderung der Richtlinien aus. Zwar würde mehr Geld ausgegeben, welches auf Grund der Verwaltungsvereinfachung aber an anderer Stelle wieder eingespart würde. Er schlug vor, die Erprobungsphase auf zwei Jahre zu verkürzen.

RM Hollenhorst stimmte einer Kürzung zu und bat darum, Zahlen über den Zuspruch zu den entsprechenden Einrichtungen zu ermitteln. Es wäre schade, wenn sich herausstellen würde, dass die Aktivitäten, die gefördert werden sollen, nicht mehr genutzt würden. Sie sprach sich dafür aus, innerhalb der Erprobungsphase den Familienpass generell zu überdenken und ein Familienförderungskonzept unter Einbeziehung der Anregungen aus der Projektarbeit „KKK“ zu entwickeln. Am Ende könne ein Katalog stehen, der zeige, dass Wadersloh kinderfreundlich ist. Als weitere Ideen schlug sie ein Begrüßungsgeld für Neubürger oder Neugeborene oder die Übernahme einer Erstausrüstung vor.

BM Westhagemann fasste die Wortbeiträge zusammen und ließ sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Es erging folgender

**Beschlussvorschlag:**

Ab dem 01.01.2007 wird unter Berücksichtigung der Einkommensgrenzen nach dem GTK, Stufe 2, ein Pauschalbetrag in Höhe von 50,00 € pro Kind an Familien mit zwei Kindern gewährt und zum jeweils 01.07. eines Jahres ausgezahlt. Diese Regelung wird zunächst auf zwei Jahre befristet.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

Eine Liste über die gesetzlichen Elternbeiträge für den Besuch einer Kindertageseinrichtung ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

RM A. J. Fleiter gab bekannt, dass er zugestimmt habe, obwohl zunächst über den weitestgehenden Beschluss hätte abgestimmt werden müssen. BM Westhagemann erwiderte, dass er den gefassten Beschlussvorschlag als am weitestgehenden betrachte.

#### **10 Antrag des DRK Ortsvereins Wadersloh e.V. auf Gewährung eines Zuschusses zum Neubau einer Fahrzeughalle**

---

Mit dem der Einladung beigefügten Schreiben vom 31.10.2006 beantragt der DRK-Ortsverein Wadersloh die Gewährung eines Zuschusses für den Neubau einer Fahrzeughalle.

Der Bau des DRK-Heimes in Liesborn wurde seinerzeit durch Beschluss des Rates vom 02.04.1992 mit 50.000 DM zuzüglich des Kanalanschlussbeitrages bezuschusst. Zusätzlich wurde das Grundstück kostenlos zur Verfügung gestellt.

RM A. J. Fleiter wies auf die fehlende Variante II hin. Es herrschte Einigkeit, dass nach der grundsätzlichen Regelung 10 % der nachgewiesenen tatsächlichen Kosten bezuschusst werden sollten, zumal das Grundstück kostenlos zur Verfügung gestellt werde. BM Westhagemann sprach sich dafür aus, eine Höchstgrenze in den Beschluss mit aufzunehmen. Er ließ sodann über den Vorschlag abstimmen.

Es erging folgender

**Beschluss:**

Dem DRK Ortsverein Wadersloh e. V. wird ein Zuschuss analog des Grundsatzbeschlusses für sporttreibende Vereine in Höhe von 10 %, maximal 4.000,00 €, der nachgewiesenen tatsächlichen Kosten gewährt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

#### **11 Personelle Veränderung im Ausschuss für Umwelt und Landschaft**

---

Das bisherige Mitglied Hendrik Keitlinghaus hat aus persönlichen Gründen sein Amt als Sachkundiger Bürger im Ausschuss für Umwelt und Landschaft niedergelegt

Die CDU-Fraktion hat Herrn Michael Schulze Frielinghaus als ordentliches Mitglied vorgeschlagen.

Ohne Wortmeldungen fasste der HA folgenden

**Beschlussvorschlag:**

Herr Michael Schulze Frielinghaus wird für Herrn Hendrik Keitlinghaus als Sachkundiger Bürger zum ordentlichen Mitglied in den Ausschuss für Umwelt und Landschaft gewählt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

- 12 Änderung in der Zusammensetzung von Vertretern der Gemeinde Wadersloh in Drittorganisationen**
- 1. Ausschussmitglied im Wasser- und Bodenverband Wadersloh**
  - 2. Verbandversammlung des Sparkassenzweckverbandes Beckum-Wadersloh**
  - 3. RWE und Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW**
  - 4. Beisitzer im Kuratorium Liesborner Museumskonzerte**
- 

Der am 01.10.2006 aus dem Dienst ausgeschiedene Kämmerer Dieter Neugebauer war Mitglied im Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes Wadersloh sowie Vertreter von Bürgermeister Westhagemann in der Verbandversammlung des Sparkassenzweckverbandes Beckum-Wadersloh und bei RWE und der Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW.

Als seinen Nachfolger im Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes Wadersloh schlage ich Herrn Gemeindeamtmann Norbert Morfeld und als neuen Vertreter von BM Westhagemann in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Beckum-Wadersloh, bei RWE und der Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW Herrn Beigeordneten Heinz-Hermann Gödde vor.

Herr Franz Peter Weber hat mit Schreiben vom 16.10.2006 sein Amt als Beisitzer im Kuratorium Liesborner Museumskonzerte niedergelegt. Die CDU-Fraktion schlägt als Nachfolger RM Stefan Braun vor.

Der HA fasste folgenden

**Beschlussvorschlag:**

1. Herr Gemeindeamtmann Norbert Morfeld wird zum Mitglied im Ausschuss des Wasser- und Bodenverbandes Wadersloh gewählt.
2. Herr Beigeordneter Heinz-Hermann Gödde wird zum Vertreter von Bürgermeister Theo Westhagemann in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Beckum-Wadersloh gewählt.
3. Herr Beigeordneter Heinz-Hermann Gödde wird zum Vertreter von Bürgermeister Theo Westhagemann bei RWE und der Vereinigung ehemaliger kommunaler Aktionäre der VEW gewählt.
4. Zum neuen Beisitzer im Kuratorium Liesborner Museumskonzerte wird RM Stefan Braun gewählt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

- 13 Antrag der Katholischen Pfarrgemeinde SS. Cosmas und Damian Liesborn auf finanzielle Unterstützung zur Erweiterung des Friedhofs in Liesborn**
- 

Mit Schreiben vom 23.10.2006 teilt die Katholische Kirchengemeinde SS. Cosmas und Damian Liesborn mit, dass ihr von der Eigentümerin des ehemaligen Kemper-Geländes ein Teilstück zur Größe von ca. 2.150 qm zur Erweiterung des Friedhofs in Liesborn angeboten worden sei.



Diese Fläche ist bereits in der kürzlich beschlossenen Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wadersloh als Erweiterungsfläche für den Friedhof berücksichtigt.

Das Problem stellt in erster Linie die Entsorgung der Altlasten (Dämpfgrube, tiefe Fundamente) dar, wofür nach einem der Verwaltung bekannten Angebot Kosten in Höhe von 75.000,00 € im Raum stehen.

Nachdem die Verwaltung sich in die Verhandlungen zwischen der Kirchengemeinde und der Grundstückseigentümerin eingeschaltet hatte, zeichnet sich nunmehr eine Lösung ab, wonach nur noch deutlich reduzierte Entsorgungsmaßnahmen notwendig sind. Die Kosten hierfür belaufen sich nur noch unter 40.000,00 €.

Die Verwaltung sieht die Sicherstellung einer Erweiterungsfläche für den Friedhof in Liesborn als dringlich an. Der Antrag der Katholischen Kirchengemeinde war der Einladung als Anlage beigefügt.

Die Verwaltung schlug vor, der Kirchengemeinde SS. Cosmas und Damian einen einmaligen Zuschuss zur Beseitigung der Altlasten auf der vorgesehenen Erweiterungsfläche in Höhe von 10.000,00 € zu gewähren. Dieser Zuschuss solle nur zum Tragen kommen, wenn die jetzt veranlassten geologisch-bodenkundlichen Untersuchungen in Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen (u. a. Gesundheitsamt, Untere Wasserbehörde) künftige Beerdigungen möglich machen.

RM E. Schmidt bemängelte, dass der Antrag auf Grund fehlender Angaben nicht nachvollziehbar sei. Der Angebotspreis für das Grundstück sei nicht angegeben. Er wollte wissen, ob hierfür ein symbolischer Euro im Gespräch sei. Ebenso könne er den angeführten Zeitdruck durch die geplante Bebauung nicht verstehen, da gar keine Bebauung geplant sei.

BG Gödde stellte nochmals den Sachverhalt dar und betonte, dass für Liesborn eine Sicherung der Fläche – wenn möglich – wichtig sei. Bezüglich des Kaufpreises teilte er mit, dass hierzu noch keine Absprache mit dem Eigentümer stattgefunden habe. Er könne sich aber vorstellen, dass man sich auf den symbolischen Euro einigen werde. Zunächst stehe aber die Klärung der Frage, ob auf der Fläche überhaupt Beerdigungen durchgeführt werden können, im Vordergrund.

RM Bösl gab noch zu bedenken, dass das Friedhofswesen grundsätzlich Aufgabe der Gemeinde sei. Die Belassung bei der Kath. Kirchengemeinde stelle eine kostengünstige Regelung dar. Zudem sei es in Liesborn nicht so leicht, geeignete Flächen zu finden. Daher solle man zu einer Einigung kommen.

RM E. Schmidt schlug vor, den angegebenen Bereich für Urnenbestattungen zu nutzen, um somit die Probleme zu umgehen. Die SPD-Fraktion sei grundsätzlich nicht gegen eine Zuschussung. Allerdings sollte die Entscheidung begründet und nachvollziehbar sein.

BM Westhagemann betonte, dass der Beschluss alle notwendigen Informationen enthalte. Zunächst ginge es um die Mittelbereitstellung im Haushaltsplan für 2007. Sobald nähere Informationen vorlägen, sei eine weitere Beratung ohnehin notwendig. Damit ließ er über den Vorschlag abstimmen.

Der HA fasste folgenden

**Beschluss:**

Sofern das als Erweiterungsfläche für den Friedhof in Liesborn vorgesehene Grundstück von den zuständigen Dienststellen als geeignet angesehen wird, stellt die Gemeinde Wadersloh der Kirchengemeinde SS. Cosmas und Damian einen einmaligen Zuschuss zur Beseitigung der Altlasten in Höhe von 10.000,00 € in Aussicht.

Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2007 vorzusehen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**14      Änderung des Gesellschaftervertrages der Gesellschaft für  
Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH (HA 13, P. 13.5)**

---

BM Theo Westhagemann hat bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses die Absicht der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH kritisiert, den Gesellschaftervertrag ändern zu wollen. In diesem Zusammenhang ist u. a. vorgesehen, dass der Aufsichtsrat der GfW von bisher 9 auf 15 Mitglieder aufgestockt werden soll. Bisher stellten der Kreis Warendorf, die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie die BGB Gesellschaft der Genossenschaftsbanken jeweils ein Mitglied und die Kommunen sechs Mitglieder aus dem Kreis der Bürgermeister. Nach der vorgesehenen Änderung sollen der Kreis Warendorf acht Mitglieder sowie die Sparkassen ein Mitglied stellen. Es ist weiterhin vorgesehen, dass die Kommunen auch künftig sechs Mitglieder aus dem Kreis der Bürgermeister stellen.

Es gibt in Deutschland genug ineffiziente von Politikern durchgesetzte Aufsichtsräte. Die Wirtschaftsförderung des Kreises ist in eine selbstständige Einrichtung (GfW) ausgelagert worden, um „wirtschaftlich“ arbeiten zu können. Genau das wird konterkariert, wenn der Kreis den Aufsichtsrat mit Politikern überschwemmt. Erfolgreich und wirtschaftlich arbeitet man in kleinen Gremien. Im Gegenteil müsste man darüber diskutieren, den vorhandenen Aufsichtsrat zu verkleinern.

Wenn der Kreis aber mit seiner Überlegenheit den Aufsichtsrat der GfW aufbläht, ist es konsequent, die Wirtschaftsförderung wieder als Amt des Kreises zu führen. Dann ist der ganze Kreistag im Boot und kann die Bevölkerung von seinen ökonomischen Fähigkeiten überzeugen. Das hätte insbesondere für die kleinen Gemeinden den Vorteil, dass die Verlustabdeckung von ca. 450.000,00 € wegfallen würde. Bei entsprechender Senkung der Kreisumlage würde das für Wadersloh ca. 20.000,00 € ausmachen. Dieser Betrag könnte effizient für Wadersloher Wirtschaftsförderung eingesetzt werden.

Der Bürgermeister hatte bereits in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der GfW am 20.10.2006 seine entschiedene Kritik gegen eine Änderung des Gesellschaftervertrages vorgetragen. Dabei hat er gleichzeitig erklärt, dass er mit der Arbeit der GfW unzufrieden sei. Er habe den Eindruck, dass sich die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH fast ausschließlich um die größeren Kommunen im Kreis Warendorf kümmert. Man müsse annehmen, dass der Schwerpunkt der Arbeit der GfW in großen Kommunen gesehen wird, während die Bemühungen um die Probleme in der Gemeinde Wadersloh deutlich vernachlässigt werden. Diesen Eindruck musste man insbesondere haben, als die Absicht der GLORIA-Werke bekannt wurde, die Feuerlöcherproduktion nach Polen zu verlagern, wodurch 10 % aller Arbeitsplätze in der Gemeinde Wadersloh vernichtet werden. Der Bürgermeister ist auch von Wadersloher Unternehmen angesprochen worden, dass sie mit der Arbeit der GfW unzufrieden seien.

Es wird für zwingend erforderlich gehalten, mit der Geschäftsführung der GfW eine Zielvereinbarung zu treffen, wonach die Bemühungen der GfW erheblich mit dem Ziel gesteigert werden müssen, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes eine noch zu vereinbarende Anzahl von Arbeitsplätzen in allen Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf zu schaffen.

Dass die Sorgen und Bemühungen der kleineren Kommunen seitens der GfW offensichtlich erheblich vernachlässigt und nicht ernst genommen werden, ist auch daraus zu ersehen, dass der entschiedene Hinweis des Bürgermeisters auf die Überschneidung des nächsten Termins der Gesellschafterversammlung mit dem Ratstermin in Wadersloh nicht berücksichtigt wurde. Nachdem im Vorfeld offensichtlich nur die Gemeinde Wadersloh ihre Kritik offen geäußert hat, muss die Terminwahl so verstanden werden, dass die Vertreter der Gemeinde Wadersloh (BM Westhagemann und RM Bösl) daran gehindert werden sollen, ihre Kritik in der Gesellschafterversammlung zu äußern.

Damit die Vertreter der Gemeinde Wadersloh dennoch in der Gesellschafterversammlung ihre Stimme am 20.12.2006 abgeben können, wird der Beginn der nächsten Ratssitzung voraussichtlich um eine Stunde auf 18:00 Uhr verschoben.

Für die FDP-Fraktion sprach RM A. J. Fleiter Unterstützung aus und erkundigte sich, ob ein Ausstieg der Gemeinde möglich sei. BM Westhagemann erläuterte, dass ein Austritt als Gesellschafter zwar möglich sei, die Kostenersparnis bei der Kreisumlage dadurch aber nicht eintreten würde. Zudem hätte die Gemeinde dann gar keinen Einfluss mehr.

RM Hollenhorst wollte wissen, was der Anlass für die Änderung sei und wer sie vorgeschlagen habe.

Durch das Ausscheiden der Volksbank musste ein Sitz neu besetzt werden, für eine Vergrößerung bestand kein Anlass, erklärte BM Westhagemann. Angeregt habe die Änderung noch der ehemalige Landrat. Des Weiteren erkundigte sich RM Hollenhorst, wie man auf die Zahl acht gekommen sei und warum die 13 Städte des Kreises lediglich mit sechs Bürgermeistern vertreten seien. Hierzu erläuterte BM Westhagemann, dass bisher ein kleines Gremium mit sechs Stellvertretern aus den Kommunen – jeweils Bürgermeister im Rotationsverfahren – und dem Landrat als Kreisvertreter bestehe. Acht Sitze seien für eine Aufteilung auf die jeweiligen Kreistagsfraktionen vorgesehen, wobei eine Proporzabbildung der politischen Verhältnisse dadurch aber nicht möglich sei.

Alle Fraktionen waren sich in der Sache einig, dass die GfW bei GLORIA versagt habe.

RM E. Schmidt betonte für die SPD-Fraktion, dass eine Vergrößerung des Aufsichtsrates befürwortet werde. Schließlich sei die Arbeit einer Gruppe von der Qualifikation der einzelnen Personen abhängig und nicht von ihrer Größe. Man verspreche sich durch die Erweiterung ein Mehr an Transparenz, Kontrolle und Einflussnahme.

Für die FWG-Fraktion sicherte RM Hollenhorst Unterstützung zu und erkundigte sich nach dem nächsten Schritt, da auch in der Öffentlichkeit bereits Kritik an der GfW geäußert würde. BM Westhagemann teilte mit, dass er beabsichtige, Aufgabenkritik anzubringen und klare Zielvereinbarungen für die GfW vorzuschlagen. Gegebenenfalls werde ein Konzeptvorschlag erarbeitet.

RM Bösl äußerte nochmals seinen Unmut über die Terminüberschneidung. Nach seiner Meinung werde die Kritik seitens der Gemeinde Wadersloh nicht ernst genommen. Er sprach sich jedoch gegen einen Austritt aus, da dann nichts mehr bewegt werden könne.

Nach der Diskussion ließ BM Westhagemann über den Vorschlag abstimmen.  
Der HA fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Absicht der Vertreter der Gemeinde Wadersloh in der nächsten Sitzung der Gesellschafterversammlung gegen die Änderung des Gesellschaftervertrages wegen der Aufstockung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder stimmen zu wollen, wird zugestimmt.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 09:02:00 (J:N:E) Stimmen.

**15 Antrag auf finanzielle Unterstützung zur Umsetzung des Fachwerkhauses "Schüngels Kotten"**

---

Mit Datum vom 27.06.96 ist der Rat der Gemeinde in seiner 13. Sitzung der Beschlussempfehlung des HA 13/96, P. 4 gefolgt, dem Heimatverein Wadersloh e.V. einen Investitionszuschuss von max. 200.000 DM zu gewähren, nachdem er ein schlüssiges Nutzungskonzept vorgelegt hat.

In den vergangenen Jahren wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt, da weitere Anträge nicht eingegangen sind. Zuletzt ist im Rahmen einer AB-Maßnahme lediglich ein Aufmaß des Kottens erfolgt.

Mit Datum vom 27.10.06 hat der Förderverein „Schüngels Kotten e. V.“ in seiner Eigenschaft als Nachfolger des Heimatvereins zum Thema „Umsetzung des Fachwerkhauses Schüngels Kotten“ eine finanzielle Zuwendung beantragt.

Der Förderverein "Schüngels Kotten e. V." hat am 28.11.2006 einen neuen Antrag vorgelegt. Danach solle die Verwaltung einen Antrag auf Fördergelder stellen. Dieser hätte bereits einen Tag später, also am 29.11.2006, verbindlich bei der Bezirksregierung vorgelegt werden müssen.

Dies sei nicht akzeptabel, betonte BM Westhagemann. So würde die Gemeinde für das Projekt in Haftung genommen. Er habe ein formloses Schreiben an die Bezirksregierung mit der Bitte um Mittelverschiebung in das nächste Jahr gerichtet, jedoch ohne Erfolg. Dem Förderverein habe er in Aussicht gestellt, bis Mitte nächsten Jahres unter der Voraussetzung, dass alle Unterlagen vorliegen, eine Entscheidung präsentieren zu können.

RM Bösl hielt den Zeitplan für realistisch, eine andere Handlungsmöglichkeit sah er nicht. Er beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass die Gemeinde nicht verantwortlicher Bauherr wird.

Für die SPD-Fraktion stimmte RM B. Marx zu, dass zunächst ein Konzept vorgelegt werden müsse, das dann zu prüfen sei. Ebenso müssten vertragliche Regelungen über die Weiterführung geschaffen werden, damit nicht später die Folgekosten der Gemeinde zur Last fielen. Außerdem regte er an, den Grundsatzbeschluss im Hauptausschuss generell zu überdenken.

Bezüglich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan beantragte RM Bösl nach kurzer Diskussion für die CDU-Fraktion 10.000,00 € in 2007 und 90.000,00 € in 2008 bereitzustellen. Somit könne der Rat seine Glaubwürdigkeit verdeutlichen.

Über den geänderten Vorschlag ließ BM Westhagemann sodann abstimmen.  
Der HA fasste folgenden

**Beschluss:**

Unter der Voraussetzung, dass der Förderverein „Schüngels Kotten e.V.“ ein schlüssiges Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitskonzept vorlegt, erhält er für die Umsetzung des Hofhauses Bentelerstr. 56 einen 10%igen Investitionskostenzuschuss, max. jedoch 100.000,00 €. Diese werden in 2007 in Höhe von 10.000,00 € und in 2008 in Höhe von 90.000,00 € im Haushaltsplan eingeplant.

Darüber hinaus geht die Gemeinde keinerlei Verpflichtungen ein. Ebenso tritt die Gemeinde nicht als Bauherr auf.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

---

**16 Umschuldung eines Darlehens**

---

Mit Datum vom 10.12.1996 hat die Gemeinde Wadersloh ein Darlehen bei der Westdeutschen Immobilienbank (früher WestLB) aufgenommen. Das Darlehen hat bei einer Zinsfestschreibung (5,87 %) bis zum 29.12.2006 noch eine Restschuld von 443.399,95 €.

Aufgrund der aktuell guten Kassenliquidität wird vorgeschlagen, mit Auslaufen des Darlehens einen Betrag in Höhe von 143.399,95 € zu tilgen. Die restlichen 300.000 € sollen umgeschuldet werden. Aktuell können Kommunaldarlehen mit einer 10 jährigen Laufzeit zu etwa 4 % Zinsen bei 2 % Tilgung aufgenommen werden. Um auf das derzeit immer noch niedrige Zinsniveau reagieren zu können, ist es ratsam, den Bürgermeister zu ermächtigen, dass Darlehen wie vorgesehen aufzunehmen.

Ohne Diskussion fasste der HA folgenden

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, ein Kommunaldarlehen zur Umschuldung in Höhe von 300.000 € ohne Disagio aufzunehmen. Der Zinssatz ist für 10 Jahre festzuschreiben. Die Zins- und Tilgungsleistungen sind so zu vereinbaren, dass sie vierteljährlich nachträglich fällig werden. Die Tilgung ist auf 2 % p. a. zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen festzulegen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

Pause von 17:45 Uhr bis 17:50 Uhr.

---

**17 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2007 mit den Anlagen**

---

Vor Eintritt in die Haushaltsplanberatungen wurde beschlossen, nur die einzelnen Produkte durchzugehen.

Nachstehend aufgeführt sind nur die Produkte, bei denen Beratungsbedarf bestand.

**Produkt 01.05.01                      Zentrale Dienstleistungen**  
**Seite 25**

RM E. Schmidt schlug vor, das Ziel „Aufwandsreduzierung beim Fuhrpark um 10 % bis 2008“ zu ändern in „Aufwandsreduzierung beim Fuhrpark um 10 % bis 2008 unter Mitberücksichtigung umweltfreundlicher Energien“. Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung im Ausschuss.

Ohne weitere Aussprache entstand folgender

**Beschluss:**

Das Ziel „Aufwandsreduzierung beim Fuhrpark um 10 % bis 2008“ wird geändert in „Aufwandsreduzierung beim Fuhrpark um 10 % bis 2008 unter Mitberücksichtigung umweltfreundlicher Energien“.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**Produkt 01.05.02                      Bauhof**  
**Seite 29**

Auf die Frage von RM E. Schmidt, wie viel eine Arbeitsstunde des Bauhofes koste, antwortete BM Westhagemann, dass diese Frage erst nach der Untersuchung des Bauhofs beantwortet werden könne. Mit einem Ergebnis sei Anfang des nächsten Jahres zu rechnen.

**Teilergebnis 01.05.02                Bauhof**  
**Seite 31**

RM Hollenhorst nahm Bezug auf Position 5 „Ersatz von Personalkosten für die Reinigung der Containerstandorte“. Sie fragte, ob diese Personalkosten in die Abfallgebühren mit eingerechnet würden. Herr Morfeld antwortete, dass Personalkosten für die Reinigung der Containerstandorte durch den Bauhof anfallen würden. Diese werden der Gemeinde Wadersloh dann vom „Dualen System Deutschland“ ersetzt.

**Teilergebnis 01.09.01                Dienstleistungen im IT-Bereich**  
**Seite 63**

RM A. J. Fleiter wies darauf hin, dass für das Haushaltsjahr 2007 für Investitionen im IT-Bereich der Schulen insgesamt 52.000,00 € geplant seien. Diese Investitionen solle man auf mehrere Jahre verteilen. In 2007 solle man die PCs im Computerraum der Realschule ersetzen und erst in 2008 sollten dann die Computer im Computerraum der Hauptschule ersetzt werden. So müsse man nicht in einem Jahr Mittel in dieser Höhe bereitstellen. Hierauf entgegnete Herr Ahlke, dass die PC-Systeme in den Räumen schon mind. 7 Jahre alt wären. Bei einer weiteren Aufschiebung wäre die Funktionalität nicht mehr sichergestellt.

RM A. J. Fleiter gab zu bedenken, dass die Ausstattung der PCs in den Schulen der Gemeinde weitaus besser sei als in anderen Städten. Man solle diese Investition nun aufschieben, um so einen besseren Rhythmus zu finden.

RM E. Schmidt machte deutlich, dass seine Fraktion den Austausch in 2007 befürworte. Allerdings solle im Medienentwicklungsplan der Austauschzyklus wieder auf fünf Jahre gesetzt werden. Fünf Jahre wären für einen PC eine lange Zeit. Die Gemeinde Wadersloh müsse weiter auf ihr Schulwesen Acht geben.

RM Bösl schlug vor, dass man in 2007 den Computerraum der Realschule mit neuen Computern ausstatten solle. Dort würden nach dem Wegfall des VHS-Raumes in Liesborn viele VHS-Schulungen durchgeführt. Somit wäre in der Realschule Wadersloh die Notwendigkeit einer Investition gegeben. Die Computer im Computerraum der Hauptschule Wadersloh sollten dann erst in 2008 erneuert werden. Außerdem solle die Verwaltung das Medienkonzept überarbeiten.

Herr Morfeld erklärte, dass in 2007 nicht alles auf einmal gemacht würde. Vielmehr sei in den nächsten vier Jahren kontinuierlich zu investieren. Er sah es weiter als notwendig an, die PC-Systeme in den Computerräumen zu erneuern. Der Medienentwicklungsplan sollte in 2007 geändert werden.

BG Gödde machte deutlich, dass die PCs schon sehr alt seien und den Anforderungen nicht mehr entsprächen. Im Übrigen sei gerade in der Hauptschule die Ausbildung an Computern deswegen wichtig und notwendig, weil auch in technischen Berufen der Einsatz von Computern immer mehr im Vordergrund steht.

RM F. Fleiter brachte zum Ausdruck, dass er nachvollziehen könne, dass man die Computer in der Haupt- und der Realschule erneuern müsse. Dabei warf er die Frage auf, ob die Medienecken überhaupt notwendig wären. Im einigen Schuljahren würden diese nach den Erkundigungen, die seine Fraktion angestellt habe, selten bis überhaupt nicht benutzt. RM Bösl schlug daraufhin vor, die Computerräume in der Haupt- und Realschule in diesem Jahr zu erneuern. Allerdings solle für die Medienecken in den Klassenräumen der neue Medienentwicklungsplan abgewartet werden.

RM Hollenhorst erklärte dazu, dass die Schüler in den Medienecken mit dem Medium PC vertraut gemacht würden, wobei sie unter der Aufsicht der Lehrkraft stehen. Die Medienecken würden also durchaus benötigt.

Herr Ahlke gab zu bedenken, dass der aktuelle Medienentwicklungsplan einen Austauschzyklus von fünf Jahren vorschreibe. Die Planungen, die jetzt anstünden, seien schon zweimal verschoben worden. Der SKA habe in seiner letzten Sitzung vorgeschlagen, die Investitionen in Medienecken von einem überarbeiteten Konzept abhängig zu machen. Dieser Anregung sollte man folgen, damit die Verwaltung entsprechende Überlegungen anstellen und den gemeindlichen Gremien vorlegen könne.

RM Böcker-Riese wies darauf hin, dass die Medienecken nicht so wichtig wie die Computerräume seien. Diese würden von allen Schülern genutzt.

Der Bürgermeister ließ sodann über diesen Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die PCs in den zentralen IT-Räumen der Hauptschule und der Realschule Wadersloh werden in 2007 erneuert. Für die Medienecken wird die Verwaltung ein Konzept erarbeiten und den gemeindlichen Gremien vorlegen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**Produkt 01.10.01                    Verwaltung und Bewirtschaftung kommunaler Gebäude**  
**Seite 67**

Auf die Frage von RM B. Marx, ob eine Bevorratung der Übergangsheime notwendig sei und ob man diese möglicherweise sonst vermarkten könne, antwortete Herr Lühr, dass die Gemeinde Unterkünfte für Asylanten und Aussiedler vorhalten müsse. Bei einem Verkauf müssten die Zuschüsse des Landes und die Zweckbindung berücksichtigt werden. Ein neuer Eigentümer habe eine Grundbuchlast mitzutragen, so dass er das Gebäude notfalls für soziale Zwecke bereitstellen müsse.

**Produkt 02.03.01                    Verkehrsangelegenheiten**  
**Seite 105**

RM Nienaber machte darauf aufmerksam, dass die Verwarnungen an Falschparker stark abnehmen würden. Hier solle Abhilfe geschaffen werden. Darauf entgegnete BM Westhagemann, dass zzt. verschiedene personelle Möglichkeiten geprüft würden.

**Produkt 06.02.01                    Jugendbegegnungsstätten und sonst. Jugendarbeit**  
**Seite 187**

RM B. Marx begrüßte die Trägerschaft des neu gegründeten Kolping-Jugendwerkes Wadersloh e. V. Ebenso begrüßte er, dass der neue Verein, wie den Medien zu entnehmen sei, auch schon eine weitere Kraft eingestellt habe. Um den Verein weiter zu unterstützen und zu fördern, müsse man jetzt weiterdenken. Er beantragte für die SPD-Fraktion, dass der Zuschuss an das Kolpingwerk Wadersloh e. V. für 2007 auf 75.000,00 € erhöht werde.

RM Bösl erklärte daraufhin, dass dies ein falsches Signal für den Verein wäre. Die im Sommer 2006 vertraglich vereinbarten Konditionen sollten zunächst beibehalten werden.

RM Hollenhorst schloss sich dem an und sprach sich dafür aus, den Träger zunächst seine Arbeit machen zu lassen.

Der Bürgermeister ließ sodann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

**Beschluss:**

Dem Trägerverein des Jugendtreffs werden in 2007 75.000,00 € statt 50.000,00 € bereitgestellt.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:07:02 (J:N:E)  
Stimmen.

**Produkt 10.01.01                    Maßnahmen der Bauordnung**  
**Seite 215**

RM Hollenhorst fragte, wie die Quote bei dem Ziel „Erledigung von vollständig vorliegenden Bauvoranfragen innerhalb von 10 Arbeitstagen“ im Augenblick sei. Herr Blex antwortete, dass dieses Ziel bereits zu 99 % erreicht werde.

RM B. Marx gab sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Verwaltung scheinbar ihre Ziele nicht ernst genug nehme. Herr Blex erklärte daraufhin, dass es das Ziel sei, dieses Niveau von 99 % beizubehalten.



**Teilergebnis 11.02.01      Bau von Abwasserbeseitigungsanlagen**  
**Seite 232**

RM Hollenhorst bat die Verwaltung um Erläuterung, warum unter Teilposition 15 der Ansatz für 2006 und 2007 vorhanden sei. Herr Morfeld erklärte, dass dieser Ansatz auf Grund mangelnder Anfragen nach 2007 verschoben wurde.

**Investitionen 12.01.01      Bau von Straßen, Wegen und Plätzen**  
**Seite 253**

RM E. Schmidt stellte für die SPD-Fraktion den Antrag, für die Sanierung der Wirtschaftswege in 2007 statt 100.000,00 € nur 50.000,00 € bereitzustellen.  
RM Bösl entgegnete, dass es hier zu keinem Investitionstopp kommen dürfe.

Der Bürgermeister ließ über den vorgenannten Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Die Position 21 wird um 50.000,00 € auf jetzt 50.000,00 € reduziert.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 02:09:00 (J:N:E)  
Stimmen.

**Produkt 12.01.02              Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen**  
**Seite 255**

RM Hollenhorst bat die Verwaltung um Erläuterung der Ziele. BM Westhagemann erklärte, dass ein Konzept zur Sanierung der Brücken, die bis zum 31.12.2010 saniert werden müssen, bis zum 30.06.2007 fertig gestellt werden soll.

**Produkt 15.01.01              Wirtschaftsförderung**  
**Seite 285**

Der Vorschlag von RM B. Marx, die Teilposition 16 von „Radiowerbung“ allgemein auf „Werbung“ zu ändern und die Anregung von Hr. Morfeld, diese Position in alle Jahre des Finanzplanungszeitraumes in gleicher Höhe aufzunehmen, fand im Ausschuss eine breite Zustimmung.

**Beschluss:**

Die Teilposition 16 „Radiowerbung = 10.000,00 €“ wird geändert auf „Werbung = 10.000,00 €“. Der Ansatz wird in allen Jahren des Finanzplanungszeitraumes in gleicher Höhe vorgesehen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**Produkt 15.01.02              Tourismus**  
**Seite 289**

RM Hollenhorst erkundigte sich, wie weit die Realisierung schon vorangeschritten sei. Der Bürgermeister antwortete, dass verschiedene Gespräche geführt würden und noch kein Ergebnis mitgeteilt werden könne.

**Produkt 16.01.01                    Allgemeine Finanzwirtschaft**  
**Seite 293**

RM E. Schmidt appellierte an die Verwaltung, das Steueraufkommen in den nächsten Jahren optimistischer zu sehen.

**Erläuterungen**  
**Seite 295**

RM Hollenhorst stellte die Frage, ob die Schulpauschale in Teilposition 2 nun aufgelöst werde und nicht mehr zweckgebunden sei. Herr Morfeld erklärte, dass die Schulpauschale sowohl für investive als auch für konsumtive Maßnahmen (z. B. Gebäudeunterhaltung) eingesetzt werden dürfe. Aus diesem Grund sei eine ertragswirksame Auflösung im laufenden Haushaltsjahr möglich. Die Zweckbindung bleibe aber in jedem Fall erhalten.

**17.1      Haushaltssatzung 2007**

---

Bevor BM Westhagemann über den Beschluss abstimmen ließ, erklärte RM E. Schmidt, dass die SPD-Fraktion sich enthalten werde, um die aktuelle Situation in der Fraktion besprechen zu können. Danach werde man sich entscheiden, ob man dem Haushalt zustimmen könne.

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung wird in der heute erarbeiteten Fassung erlassen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen.

Die Haushaltssatzung und Änderungen zum Haushaltsplanentwurf sind der Niederschrift als Anlage 2 und 3 beigefügt.

**17.2      Stellenplan**

---

Der Stellenplan 2007 ist den Anlagen zum Haushaltsplanentwurf zu entnehmen.

**Beschluss:**

Der Stellenplan 2007 wird in der erarbeiteten Fassung beschlossen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**18      Verschiedenes;**

**Schulstatistik**

---

RM Nienaber bat darum, die in der SKA-Sitzung ausgehändigte Schulstatistik der Niederschrift als Anlage beizufügen, um sie allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Schulstatistik ist als Anlage 4 beigefügt.

Ende des öffentlichen Teils 19:10 Uhr.

---

Bürgermeister

---

Schifführer